

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 15. Sitzung (18. TA)

des Ausschusses für

Stadtentwicklung, Bauen und Planen

am Montag, 11.04.2016, Rathaus,
Friedrich-Ebert-Platz 1, 5. OG,
Sitzungsraum Rhein (5.06)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Anwesend

CDU

Ursula Behrendt

Ina Biermann-Tannenberger

Paul Hebbel

Bernhard Miesen

Rainer Schiefer

Frank Schönberger

von TOP 1 - TOP 3 und von
TOP 8 - TOP 15

SPD

Heike Bunde

bis TOP 9

Michael Hüther

Peter Ippolito

Vorsitzender, von TOP 1 - 13 und TOP 15

Martin Krampf

Sven Tahiri

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Roswitha Arnold

bis TOP 9

Dirk Udo Trapphagen

BÜRGERLISTE

Erhard T. Schoofs

in Vertretung von Karl Schweiger

OP

Michael Neuendorf

PRO NRW

Jürgen Clouth

FDP

Uwe Bartels

DIE LINKE

Ludwig Keil

Soziale Gerechtigkeit

Uwe Bastian

Sachkundige Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW

Mahmoud Taghavi

Es fehlt entschuldigt:

BÜRGERLISTE

Karl Schweiger

Verwaltung:

Andrea Deppe	Beigeordnete für Planen und Bauen
Sabine Heymann	Büro Baudezernat (60)
Petra Cremer	Stadtplanung (61)
Alfred Görlich	Bauaufsicht (63)
Maria Kümmer	Gebäudewirtschaft (65)
Christian Syring	Tiefbau (66)
Lothar Schmitz	Stadtgrün (67)
Dirk Terlinden	Umwelt (32)

Gäste:

Thomas Raithel	Landesbetrieb Straßenbau
Sven Sieberth	Landesbetrieb Straßenbau
Dr. Ingrid Obernosterer	Büro Düllmann GmbH

Schriftführung:

Stefanie Krüger-Witte	Büro Baudezernat (60)
-----------------------	-----------------------

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>		<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung.....	6
2	Genehmigung von Niederschriften	6
3	Um- und Ausbau der Autobahnen sowie der Rheinquerung in Leverkusen.....	7
3.1	Vermeidung von jahrelangen Großbaustellen in Leverkusen - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 24.03.16 - Nr.: 2016/1023.....	10
3.2	Verzicht auf Öffnung der Bayer-Giftmülldeponie - Bürgerantrag vom 08.03.16 - Neudruck - Nr.: 2016/1011	10
3.3	Verzicht auf Öffnung der Bayer-Giftmülldeponie - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 24.03.16 - Nr.: 2016/1046.....	10
3.4	Durchführung einer offiziellen Bürgerbefragung zu Lösungsvarianten - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 24.03.16 - Nr.: 2016/1047	11
3.5	Vergleichbare Prüfung aller möglichen Varianten - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 24.03.16 - Nr.: 2016/1048.....	11
3.6	Vergleichbare Prüfung verschiedener großer Tunnellösungen - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 24.03.16 - Nr.: 2016/1051.....	11
3.7	Verzicht auf Verkauf städtischer Grundstücke im Bereich des Ersatzbaus der Stelze der A 1 - Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und OP vom 02.03.16 - Nr.: 2016/1019	12
3.8	Begleitende Maßnahmen zur Kampagne "Tunnel statt Stelze" - Antrag der Gruppe FDP vom 17.02.16 - m. Stn. v. 21.03.16 - Antrag wurde vom Antragsteller am 07.04.2016 zurückgezogen - Nr.: 2016/0984.....	12
3.9	Begleitende Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Autobahnausbau in Leverkusen - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 03.04.16 - Nr.: 2016/1060	12
3.10	Veränderung der Reihenfolge der Bauabschnitte für den Umbau und die Sanierung der Autobahnen in Leverkusen - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 31.03.16 - Nr.: 2016/1061.....	13
3.11	Weitere Vorschläge im Zusammenhang mit dem Neu- und Ausbau der A1, A3 und A59 inklusive beider Leverkusener Kreuze sowie der Rheinquerung - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 08.04.16 - Nr.: 2016/1069	13

4	Neue Bahnstadt Opladen	13
4.1	"Brückenpark" - Campusbrücke/Westseite in Opladen - Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus vom 11.02.16 - m. Stn. v. 10.03.16 - Nr.: 2016/0977.....	14
4.2	Torhaus, Bahnhofsbrücke Opladen - Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus vom 11.02.16 - m. Stn. d. Verwaltung v. 24.03.16 - Nr.: 2016/0976	15
4.3	Torhaus, Bahnhofsbrücke Opladen - Ergänzungsantrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus vom 29.03.16 - Nr.: 2016/1056	15
5	Runder Tisch zur Wohnungsvergabe - Antrag des Rh. Lindlar (Einzelvertreter) vom 29.01.16 - Nr.: 2016/0948.....	15
6	Umstellung auf Elektrofahrzeuge bei der Stadt Leverkusen und den städtischen Gesellschaften - Antrag der Gruppe PRO NRW vom 03.02.16 - m. Stn. d. Verwaltung v. 30.03.16 - Nr.: 2016/0961.....	16
7	Prüfung einer Zusammenlegung der Technischen Betriebe Leverkusen mit dem Fachbereich Stadtgrün - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 23.02.16 - m. Stn. v. 17.03.16 - Nr.: 2016/0988.....	16
8	Wohnbausiedlungsflächen - Nr.: 2016/0990.....	17
9	Bebauungsplan Nr. 189/I "Rheindorf - Elbestraße / Masurenstraße" - Beschluss über die eingegangenen Äußerungen während der frühzeitigen Beteiligung (Abwägung) - Satzungsbeschluss - Nr.: 2016/0991	18
10	Vorhabenbezogener Bebauungsplan V 29/III "Schlebusch - Einzelhandel Reuterstraße" und Vorhaben- und Erschließungsplan - Nr.: 2015/0876....	18
11	Abstufung der L 293 in den Ortsbereichen Bürrig und Küppersteg - Nr.: 2016/0997	19
12	Bebauungsplan Nr. 221/II "Opladen – Kreisverkehr Rennbaumstraße/Stauffenbergstraße" - Aufstellungsbeschluss - Nr.: 2016/1043	20
13	Satzung für eine Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 221/II "Opladen – Kreisverkehr Rennbaumstraße/Stauffenbergstraße" - Nr.: 2016/1053	21
14	Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 - Nr.: 2016/1055	21
15	Durchführung eines Architektenwettbewerbs für das geplante Dach des ZOB Wiesdorf - Nr.: 2016/1049	21

Bericht der Dezernentin	22
Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 2/2016).....	22

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Rh. Ippolito (SPD), eröffnet die 15. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Aufnahme des Antrags der Fraktion BÜRGERLISTE vom 08.04.16, Nr. 2016/1069, „Weitere Vorschläge im Zusammenhang mit dem Neu- und Ausbau der A1, A3 und A59 inklusive beider Leverkusener Kreuze sowie der Rheinquerung“ abstimmen. Der Antrag wird einstimmig unter dem TOP 3.11 auf die Tagesordnung aufgenommen. Aufgrund des Sachzusammenhangs schlägt Rh. Ippolito (SPD) zudem vor, die Vorlage Nr. 2016/1055, „Bundesverkehrswegeplan“, nach TOP 3 zu behandeln. Dies findet ebenfalls die Zustimmung des Ausschusses.

Rh. Ippolito (SPD) lässt sodann darüber abstimmen, ob den Vertretern des Landesbetriebs Straßenbau zu TOP 3.2 und 3.3, „Verzicht auf Öffnung der Bayer-Giftmülldeponie“, ein Vortragsrecht eingeräumt werden soll. Der Ausschuss stimmt dem einstimmig zu. Ebenfalls hat Herr Müller von der Interessengemeinschaft Leverkusen/Köln, Netzwerk gegen Lärm, Feinstaub und andere schädliche Emissionen e. V. (IFLK) ein allgemeines Rederecht zur Gesamthematik „Um- und Ausbau der Autobahnen und der Rheinquerung“ beantragt. Dieses Rederecht wird ebenfalls einstimmig durch den Ausschuss erteilt.

Abschließend verweist Rh. Ippolito (SPD) auf TOP 15, Vorlage Nr. 2016/1049, Durchführung eines Architektenwettbewerbs für das geplante Dach des ZOB Wiesdorf. Rh. Ippolito (SPD) erläutert, dass er als Vorsitzender und Rh. Schönberger (CDU) als stellvertretender Vorsitzender die Dringlichkeitsentscheidung nach der Diskussion sowie der entsprechenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen unterzeichnen werden.

2 Genehmigung von Niederschriften

Die Niederschrift über die 14. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen vom 01.02.2016 wird genehmigt.

3 Um- und Ausbau der Autobahnen sowie der Rheinquerung in Leverkusen

Rh. Ippolito (SPD) übergibt das Wort an Herrn Raithel und Herrn Sieberth vom Landesbetrieb Straßenbau sowie Frau Dr. Obernosterer vom Geotechnischen Büro Dr. Düllmann, das die Untersuchungen im Bereich der Altlast Dhünnaue im Auftrag des Landesbetriebs Straßenbau durchführt.

Herr Raithel (Landesbetrieb Straßenbau) betont einleitend, dass es sich im Folgenden um Informationen handelt, die im Rahmen des zurzeit laufenden Planfeststellungsverfahrens noch erörtert werden und erst mit Abschluss des Verfahrens Rechtssicherheit erlangen.

Frau Dr. Obernosterer (Büro Dr. Düllmann) beantwortet anhand eines Vortrags die in der Ratssitzung am 18.03.2016 durch Rh. Eimermacher (CDU) gestellten Fragen. Die Powerpointpräsentation ist der Anlage dieser Niederschrift beigelegt.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt nach, ob der Eingriff in die Deponie vermeidbar wäre, wenn die vorhandenen Stützen genutzt werden könnten und auf eine Verbreiterung auf zehn bzw. elf Spuren verzichtet würde.

Herr Sieberth (Landesbetrieb Straßenbau) erläutert, dass bei allen Bauwerken in der Altablagerung festgestellt wurde, dass diese abgängig sind. Eine Nutzung der bestehenden Gründungen ist aufgrund der gesetzlichen Grundlagen und statischen Normen nicht möglich. Es müssen folglich nicht nur die Oberbauten erneuert werden. Herr Sieberth (Landesbetrieb Straßenbau) stellt zudem dar, dass nach den neuen Normen die Brücken nicht mehr als Flachgründungen, sondern hier zu 90 % die Bauwerke als Tiefgründungen unterhalb der Altablagerung errichtet werden. Bezüglich der Erweiterung auf zehn bzw. elf Spuren erläutert Herr Sieberth (Landesbetrieb Straßenbau), dass der mehrstreifige Ausbau nötig sei, um auch künftig die Verkehrsmengen aufnehmen zu können. Es sei Aufgabe des Landesbetriebs Straßenbau, mit dem Neubau für eine Staufreiheit zu sorgen.

Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) bittet um Erläuterung, ob nicht ein weiterer Vertrag neben den bestehenden Verträgen zu den Probebohrungen zwischen der Stadt (hier dem Rat der Stadt Leverkusen), der Firma Currenta und dem Landesbetrieb Straßenbau geschlossen werden muss.

Herr Sieberth (Landesbetrieb Straßenbau) stellt dar, dass das zurzeit in der Aufstellung befindliche Planfeststellungsverfahren nach dessen Abschluss das Baurecht schaffen wird. Zudem besteht bezüglich der Altablagerungen ein Vertrag zwischen dem Landesbetrieb Straßenbau, der Stadt Leverkusen sowie der Firma Bayer, in dem die Nachsorge und die Unterhaltung der Deponie sowie die Haftungsfragen geregelt werden. Zudem wurde für die Probebohrungen ein weiterer Vertrag zwischen dem Landesbetrieb Straßenbau, der Firma Currenta sowie der Stadt Leverkusen geschlossen. Auch hier wird geregelt, dass der Landesbetrieb Straßenbau die Haftung bei den Bohrungen übernimmt. Ein weiterer Vertrag muss nach dem Abschluss des Planfeststel-

lungsverfahrens für die Zeit der Bauphase zwischen den o. g. Parteien geschlossen werden. Dieser Vertrag kann erst nach dem Planfeststellungsverfahren abgeschlossen werden, da erst dann das Baurecht für die genaue Planung feststeht. Auch hier wird die alleinige Haftung durch den Landesbetrieb Straßenbau als Veranlasser übernommen.

Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) bittet zudem um Auskunft bezüglich der Kubikmeter, die aufgenommen werden. Die angegebene Menge erscheint ihm nicht schlüssig. Herr Bartels (FDP) bittet um Erläuterung, ob es sich bei der angegebenen Aushubmenge von 230.000 m³ um die Nettomenge, die ausgehoben wird, oder um die Bruttomenge, die abgefahren wird, handelt. Herr Raithel (Landesbetrieb Straßenbau) stellt dar, dass die Aufnahme in Kubikmetern berechnet wird. Die Entsorgung wird in Tonnen umgerechnet. Hier wird ein Faktor von 1,6 bis 1,8 angesetzt. Rh. Ippolito (SPD) gibt an, dass es sich bei einem Faktor von 1,8 somit um 414.000 Tonnen handelt.

Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) erkundigt sich, wie sicher sich der Landesbetrieb Straßenbau bezüglich der Deponierbarkeit der Abfälle ist und ob sichergestellt werden kann, dass alle gefährlichen Abfälle auch einer Verbrennung zugeführt werden können.

Frau Dr. Obernosterer (Büro Dr. Düllmann) erläutert, dass es ein umfangreiches gesetzliches und untergesetzliches Regelwerk gibt, das detailliert vorgibt, wie mit kontaminierten Materialien umgegangen werden muss. Die in den letzten Jahrzehnten umfangreichen gewonnenen Erkenntnisse bezüglich von Altlastensanierungen sind in die technischen Maßnahmen eingeflossen und werden auch hier bei dem Umgang mit den aufgenommenen Stoffen umgesetzt. Frau Dr. Obernosterer (Büro Dr. Düllmann) versichert, dass die entsprechenden Kapazitäten bei Sondermüllverbrennungsanlagen vorhanden sind.

Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) bittet um Darstellung, ob bei den seiner Ansicht nach verhältnismäßig großen Abständen bei den Probebohrungen und den wilden Abkippen von Müll in der Vergangenheit überhaupt eine definitive Aussage zu einer Klassifizierung des Mülls gemacht werden kann. Die Herren Raithel und Sieberth (Landesbetrieb Straßenbau) erläutern, dass bei den Probebohrungen in einem ersten Schritt detailliert die Genese der Altablagerungen recherchiert wurde. Hierzu lagen bereits umfangreiche Informationen im Archiv der Stadt Leverkusen vor, die ausgewertet und in das Schichtmodell übertragen wurden. Diese Schichtung wurde durch die Baugrunduntersuchungen sowie die Analyse der Materialproben bestätigt. Die tatsächlich heterogen geschütteten Abfallkörper vor der Überdeckung mit überwiegend mineralischen Materialien werden insgesamt als gefährlicher Abfall entsorgt und nicht mehr differenziert. Zudem wird während der Bauphase vor jedem Bohrpfahl eine weitere Probebohrung mit entsprechender Analytik durchgeführt. Wenn es sich um gefährliche Stoffe handelt, erfolgt, wie in der Präsentation dargestellt, eine entsprechende Vereisung bei der Einbringung des Bohrpfahls; bei größeren Baufeldern wird eine Einhausung errichtet.

Rh. Schönberger (CDU) bittet um Auskunft, ob sich bei den unterschiedlichen Varianten zum zweiten Bauabschnitt (Troglage oder Stelze) bezüglich der Gestaltung des Brückenkopfs auch unterschiedliche Eingriff in die Deponie ergeben. Herr Raithel (Landesbetrieb Straßen) stellt dar, dass die möglichen Varianten zum zweiten Bauabschnitt unabhängig von dem Eingriff in die Alt-ablagerungen bei dem ersten Bauabschnitt zu sehen sind.

Herr Bartels (FDP) bittet um Erläuterung bezüglich der Befeuchtung zur Staubvermeidung während der Bauphase. Wie wird hierbei sichergestellt, dass das kontaminierte Abwasser aufgenommen werden kann?

Frau Dr. Obernosterer (Büro Dr. Düllmann) stellt dar, dass das Material in erdfeuchtem Zustand vorliegt und die eingesetzten Systeme keinen Wasserfilm bzw. Wasseransammlungen auf den Abfällen bzw. dem Boden verursachen werden.

Herr Bartels (FDP) fragt nach, wie bei den Bohrungen unter Vereisung die entstehende Reibungswärme kompensiert wird. Frau Dr. Obernosterer erläutert, dass Reibung bei Großbohrungen durch eine nachgeführte Verrohrung möglichst vermieden wird und mit der Kühlung gegengearbeitet werden kann.

Rh. Ippolito (SPD) hat bereits zuvor die letzte Fragerunde angekündigt. Er lässt den Ausschuss darüber abstimmen, ob nun die Arbeitstagesordnung fortgesetzt werden soll:

dafür: 17 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 FDP, 1 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 DIE LINKE)

Rh. Ippolito (SPD) übergibt das Wort an Herrn Müller (Interessengemeinschaft Leverkusen/Köln, Netzwerk gegen Lärm, Feinstaub und andere schädliche Emissionen e. V.). Herr Müller stellt seine Sichtweise und seine Bedenken bezüglich des Ausbaus der Autobahnen dar. Er bietet eine Einsichtnahme in die Unterlagen und Untersuchungsergebnisse seiner Initiative für interessierte Leverkusener an.

Die Tagesordnungspunkte 3.1 bis 3.11 werden sodann gemeinsam beraten.

Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) erläutert die Anträge seiner Fraktion.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Anträge abstimmen.

- 3.1 Vermeidung von jahrelangen Großbaustellen in Leverkusen
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 24.03.16
- Nr.: 2016/1023

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 DIE LINKE)
dagegen: 16 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP,
1 Soziale Gerechtigkeit)
Enth.: 1 (PRO NRW)

- 3.2 Verzicht auf Öffnung der Bayer-Giftmülldeponie
- Bürgerantrag vom 08.03.16
- Neudruck
- Nr.: 2016/1011

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beantragt, den Bürgerantrag bis zur Vorlage der Unterlagen aus dem Planfeststellungsverfahren zu vertagen.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag auf Vertagung abstimmen:

- einstimmig -

- 3.3 Verzicht auf Öffnung der Bayer-Giftmülldeponie
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 24.03.16
- Nr.: 2016/1046

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beantragt, den Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE bis zur Vorlage der Unterlagen aus dem Planfeststellungsverfahren zu vertagen.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag auf Vertagung abstimmen:

- einstimmig -

- 3.4 Durchführung einer offiziellen Bürgerbefragung zu Lösungsvarianten
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 24.03.16
- Nr.: 2016/1047

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 DIE LINKE)
dagegen: 16 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP,
1 Soziale Gerechtigkeit)
Enth.: 1 (PRO NRW)

- 3.5 Vergleichbare Prüfung aller möglichen Varianten
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 24.03.16
- Nr.: 2016/1048

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 DIE LINKE)
dagegen: 16 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP,
1 Soziale Gerechtigkeit)
Enth.: 1 (PRO NRW)

- 3.6 Vergleichbare Prüfung verschiedener großer Tunnellösungen
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 24.03.16
- Nr.: 2016/1051

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 DIE LINKE)
dagegen: 16 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP,
1 Soziale Gerechtigkeit)
Enth.: 1 (PRO NRW)

- 3.7 Verzicht auf Verkauf städtischer Grundstücke im Bereich des Ersatzbaus der Stelze der A 1
- Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und OP vom 02.03.16
- Nr.: 2016/1019

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

- einstimmig bei 1 Enthaltung (PRO NRW)

- 3.8 Begleitende Maßnahmen zur Kampagne "Tunnel statt Stelze"
- Antrag der Gruppe FDP vom 17.02.16
- m. Stn. v. 21.03.16
- Nr.: 2016/0984

Der Antrag wurde vom Antragsteller am 07.04.2016 zurückgezogen.

- 3.9 Begleitende Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Autobahnausbau in Leverkusen
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 03.04.16
- Nr.: 2016/1060

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 DIE LINKE)
dagegen: 16 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP,
1 Soziale Gerechtigkeit)
Enth.: 1 (PRO NRW)

- 3.10 Veränderung der Reihenfolge der Bauabschnitte für den Umbau und die Sanierung der Autobahnen in Leverkusen
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 31.03.16
- Nr.: 2016/1061

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 DIE LINKE)
dagegen: 15 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 Soziale
Gerechtigkeit)
Enth.: 2 (1 PRO NRW, 1 FDP)

- 3.11 Weitere Vorschläge im Zusammenhang mit dem Neu- und Ausbau der A1, A3 und A59 inklusive beider Leverkusener Kreuze sowie der Rheinquerung
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 08.04.16
- Nr.: 2016/1069

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 DIE LINKE)
dagegen: 16 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP,
1 Soziale Gerechtigkeit)
Enth.: 1 (PRO NRW)

4 Neue Bahnstadt Opladen

Die Tagesordnungspunkte 4.1 bis 4.3 werden gemeinsam beraten.

Rh. Paul Hebbel (CDU) gibt die folgende Erklärung zu Protokoll:

„Die Stellungnahme der Verwaltung ist ziemlich enttäuschend. Denn eigentlich sind die Anträge die logische Konsequenz aus bisher einmütigen Beratungen im Aufsichtsrat der Neuen Bahnstadt GmbH und aus den einstimmigen Ratsbeschlüssen vom 22.09. und 08.12.2008.

Bereits vor acht Jahren hat der Rat einstimmig beschlossen, im Eingangsbereich der Neuen Bahnstadt ein zeitgemäßes Verwaltungsgebäude zu errichten. An diesem Standort sollte ein Maximum an Verwaltungseinrichtungen mit Publikumsverkehr untergebracht werden.

Vor diesem Hintergrund ist es absolut unverständlich, wieso die Verwaltung jetzt in ihrer Stellungnahme alle Kraft zusammennimmt, um das Anliegen herunterzurechnen.

Die Wirtschaftlichkeitsargumente, die jetzt angeführt werden, hätte ich mir früher einmal gewünscht, als wir im Verwaltungsgebäude Goetheplatz zeitweise Mieten von 12,21 € oder gar 16,58 € gezahlt haben. Damals war von der Verwaltung in Sachen Wirtschaftlichkeit überhaupt nichts zu hören.

Um es noch einmal klar zu sagen: Es geht darum, die genannten acht Jahre alten Ratsbeschlüsse umzusetzen und dabei – natürlich – die Wirtschaftlichkeit in den Blick zu nehmen, aber nicht nur die Miete pro Quadratmeter, sondern auch Wirtschaftlichkeitsvorteile bei besser angeordneten Flächen, Energiekosten, ersparter Miete oder ersparter Bauunterhaltung an anderer Stelle. Und schließlich gibt es auch noch ein paar andere Vorteile, wenn der heutige „Wanderzirkus“ mit Namen Stadtverwaltung durch eine Reduzierung der mehr als ein Dutzend Außenstellen rationellere Abläufe bekommt.

Hier empfehle ich noch einmal einen Blick in die Akten. Dort müsste genauso wie bei mir z.d.A.: Rat 2009, Nr. 6. S. 158 bis 161 zu finden sein, wo all die Vorteile sehr schön für die Nachwelt aufgezeigt sind.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger, als darum, alle Fakten einmal zusammenzutragen, damit dann gute Entscheidungen hinsichtlich der Verwaltungsstandorte insgesamt, aber auch im Sinne eines Anschubs für die Westseite der Bahnstadt möglich werden.“

Herr Bartels (FDP) kündigt an, dass er dem Antrag zu 4.2 nicht zustimmen wird, da die Nutzung des Torhauses noch nicht vorab festgelegt werden sollte.

Herr Neuendorf (OP) wünscht einen Brückenpark mit viel Grün, der zum Verweilen einlädt. Bezüglich des Torhauses stellt Herr Neuendorf (OP) dar, dass der Höhenunterschied zwischen dem Bahnsteigzugang bis zur Bahnhofstraße ausgeglichen wird. Er fordert ein öffentliches Haus im Eigentum der Stadt, ein schönes Entree für die Bahn- und Busreisenden sowie die Ansiedlung von publikumsstarken Dienstleistungen der Stadt.

- 4.1 "Brückenpark" - Campusbrücke/Westseite in Opladen
- Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus vom 11.02.16
- m. Stn. v. 10.03.16
- Nr.: 2016/0977

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

- einstimmig bei 1 Enthaltung (BÜRGERLISTE)

- 4.2 Torhaus, Bahnhoftsbrücke Opladen
- Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus vom 11.02.16
- m. Stn. d. Verwaltung v. 24.03.16
- Nr.: 2016/0976

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 16 (5 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 DIE LINKE, 1 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 FDP)

- 4.3 Torhaus, Bahnhoftsbrücke Opladen
- Ergänzungsantrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus vom 29.03.16
- Nr.: 2016/1056

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 17 (5 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 FDP, 1 DIE LINKE, 1 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 1 (1 BÜRGERLISTE,)

- 5 Runder Tisch zur Wohnungsvergabe
- Antrag des Rh. Lindlar (Einzelvertreter) vom 29.01.16
- Nr.: 2016/0948

Die Stellungnahme zum Antrag von Rh. Lindlar (Einzelvertreter) wird während der Sitzung durch den Fachbereich Oberbürgermeister, Rat und Bezirke überreicht und an die Ausschussmitglieder verteilt.

Da der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren zeitgleich über den Antrag berät und daher noch Abstimmungsbedarf besteht, beantragt Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) eine Vertagung in den Rat.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Vertagungsantrag abstimmen:

- einstimmig -

- 6 Umstellung auf Elektrofahrzeuge bei der Stadt Leverkusen und den städtischen Gesellschaften
- Antrag der Gruppe PRO NRW vom 03.02.16
- m. Stn. d. Verwaltung v. 30.03.16
- Nr.: 2016/0961

Herr Clouth (PRO NRW) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Rh. Ippolito (SPD) bittet, den Einsatz von Hybridfahrzeugen zu prüfen. Die Verwaltung sagt eine Beantwortung über z.d.A.: Rat zu.

Sodann lässt Rh. Ippolito über den Antrag abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 1 (PRO NRW)
dagegen: 16 (5 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP,
1 DIE LINKE, 1 Soziale Gerechtigkeit)
Enth.: 1 (BÜRGERLISTE)

- 7 Prüfung einer Zusammenlegung der Technischen Betriebe Leverkusen mit dem Fachbereich Stadtgrün
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 23.02.16
- m. Stn. v. 17.03.16
- Nr.: 2016/0988

Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Rh. Tahiri (SPD) spricht sich für eine offene Prüfung für eine bessere Vernetzung der beiden Bereiche aus.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sieht keine Schnittmengen der Bereiche TBL und Fachbereich Stadtgrün.

Frau Beigeordnete Deppe erläutert, dass eine Zusammenlegung bereits mehrfach extern geprüft wurde und keine Synergien zwischen den Bereichen bestehen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 7 (5 SPD, 1 BÜRGERLISTE, 1 PRO NRW)
dagegen: 11 (5 CDU, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP, 1 DIE
LINKE, 1 Soziale Gerechtigkeit)

8 Wohnbausiedlungsflächen
- Nr.: 2016/0990

Rh. Paul Hebbel (CDU) bittet auf Beachtung der Symmetrien zwischen Geschosswohnungsbau und Einfamilienhäusern in den einzelnen Stadtteilen. Er fordert, dass überregional und nicht nur im Ballungskernbereich an der Schaffung von Wohnbausiedlungsflächen gearbeitet wird.

Frau Beigeordnete Deppe führt aus, dass der Flächenverbrauch im Regionalplan bei vier Hektar liegt. Dies wurde zunächst als Ziel formuliert, ist nun aber nur noch als Grundsatz zu werten. Bezüglich der Verknüpfung von Siedlungsteilen ist Leverkusen am Agglomerationskonzept bei der Region Köln / Bonn e.V. beteiligt. Zudem wird auch bei den „Treffen der rechtsrheinischen Nachbarn“, an denen Leverkusen ebenfalls teilnimmt, dieses Thema immer wieder aufgegriffen. Frau Beigeordnete Deppe beurteilt Leverkusen bei der Flächendarstellung als gut aufgestellt. In dem Flächennutzungsplan sind noch einige Flächen für eine Wohnbausiedlung aufgrund des noch recht jungen Flächennutzungsplanes vorhanden, während andere Kommunen mit völlig überalterten Flächennutzungsplänen zu tun haben. Die Vorlage Nr. 2016/0990 stellt einen ersten Aufschlag für die Aufgaben dar, die in Zukunft auf die Stadt Leverkusen zukommen, wie die Regionalplanentwicklung und die Siedlungsflächenentwicklung. Frau Beigeordnete Deppe erläutert, dass die Politik auch künftig mit weiteren Vorlagen zu diesen Themen informiert wird.

Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) bezeichnet die Ausführungen von Frau Beigeordneter Deppe nach mehreren anderen despektierlichen Äußerungen als „dummes Zeug“. Rh. Ippolito (SPD) fordert Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) auf, diese Bemerkungen zurück zu nehmen und sich dafür zu entschuldigen. Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) verweigert dies. Daraufhin rügt Rh. Ippolito (SPD) Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE). Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) fordert, dass dieser Vorfall zu Protokoll genommen wird.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig bei 1 Enthaltung (BÜRGERLISTE)

- 9 Bebauungsplan Nr. 189/I "Rheindorf - Elbestraße / Masurenstraße"
- Beschluss über die eingegangenen Äußerungen während der frühzeitigen Beteiligung (Abwägung)
- Satzungsbeschluss
- Nr.: 2016/0991

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

- 10 Vorhabenbezogener Bebauungsplan V 29/III "Schlebusch - Einzelhandel Reuterstraße" und Vorhaben- und Erschließungsplan
- Nr.: 2015/0876

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt dar, dass bezüglich der verkehrlichen Anbindung sowie dem Anwohnerschutz weitere detailliertere Ausführungen erforderlich sind, um hier Verbesserungen zu erreichen.

Rh. Ippolito (SPD) bittet, dies bis zur Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III einzurichten.

Frau Beigeordnete Deppe sagt zu, hier detaillierte Informationen vorzulegen; ggf. kann auch der Verkehrsgutachter des Vorhabenträgers bereits erste Aussagen bei der Sitzung der Bezirksvertretung machen. Frau Beigeordnete weist jedoch darauf hin, dass es sich noch um die frühzeitige Bürgerbeteiligung handelt, so dass die Anregungen aus der Bürgerschaft entgegengenommen und in das Gutachten einfließen können, um so bei der Offenlage ein fertiges Gutachten zu erreichen, das alle Anregungen berücksichtigt.

Rh. Schönberger (CDU) sagt in dieser sehr frühen Phase des Bebauungsplanverfahrens eine Aufnahme aller Fragen bei der Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III zu, so dass der Sachverständige im Anschluss in die detaillierte Prüfung einsteigen kann.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet abschließend, dass die Anregungen zu dem Thema Verkehr in die Niederschrift aufgenommen werden und dies offensiv durch die Verwaltung in die Beratungen eingebracht wird.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

1. Gemäß § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) ist das Verfahren für die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes V 29/III "Schlebusch – Einzelhandel Reuterstraße" und Vorhaben- und Erschließungsplan auf der Grundlage der Planung des Vorhabenträgers einzuleiten. Die Abgrenzung ist der Planzeichnung gemäß Anlage 1 und 2 der Vorlage zu entnehmen.
2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen beschließt für das Gebiet gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes als Bebauungsplan der Innenentwicklung.
3. Der vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen am 01.06.2015 gefasste Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 216/III „Schlebusch – Einzelhandel Reuterstraße“ wird aufgehoben (zwecks Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes).
4. Dem Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes V 29/III "Schlebusch – Einzelhandel Reuterstraße" mitsamt Vorhaben- und Erschließungsplan wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 2 und 3 der Vorlage) zugestimmt.
5. Die Öffentlichkeit wird frühzeitig an der Planung beteiligt. Die Beteiligung ist in Form einer Bürgerinformation unter der Leitung des Bezirksvorstehers für den Stadtbezirk III durchzuführen. Das Baukonzept wird zudem für die Dauer von 4 Wochen öffentlich ausgehängt.

Rechtsgrundlage: § 12 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 und § 3 Abs. 1 und § 13a Abs. 2 und Abs. 3 BauGB sowie Ziffer 1.1.2 der vom Rat am 13.07.1987 mit Änderung vom 02.12.1994 beschlossenen Richtlinien über das Verfahren zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III.

- einstimmig bei 1 Enthaltung (BÜRGERLISTE)

11 Abstufung der L 293 in den Ortsbereichen Bürrig und Küppersteg
- Nr.: 2016/0997

Herr Krampf (SPD) bittet, bis zur Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadt-

bezirk I zusätzliche Veränderungen durch die Abstufung (Straßenreini-
gungsgebühren, Folgen der Widmungen / Entwidmungen, Verkehrsgestal-
tungen) darzustellen.

Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) fragt an, warum in diesem Fall eine Abstufung
möglich ist und in anderen Fällen der Landesbetrieb Straßenbau dies verwei-
gert.

Herr Syring (66) kann nicht beurteilen, warum der Landesbetrieb hier auf die
Verbindung zwischen Bundes- und Landesstraße verzichten kann.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

- 12 Bebauungsplan Nr. 221/II "Opladen – Kreisverkehr Rennbaumstra-
ße/Stauffenbergstraße"
- Aufstellungsbeschluss
- Nr.: 2016/1043

Herr Schiefer (CDU) appelliert, dass sich der Ausschuss dem Beschluss der
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II anschließt, damit der Kreisverkehr in
diesem Bereich realisiert werden kann.

Beschluss:

1. Für das im Folgenden näher bezeichnete Gebiet wird gemäß § 2 (1)
Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellung eines Bebauungsplanes be-
schlossen.
2. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung Nr. 221/II "Opladen –
Kreisverkehr Rennbaumstraße/Stauffenbergstraße".
3. Das Plangebiet liegt in der Gemarkung Opladen und beinhaltet in Flur 6
die Flurstücke 281, 809, 810, 834, 835, 836, 837, 839, 840, 841, 842,
844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 1118, 1119, 1120, 1121 sowie
teilweise 775, 1115, 1116, 1025 und 1060; des Weiteren in Flur 7 die
Flurstücke 595, 596, 600, 620, 621, 622, 623, 624, 625 1087, 1088 sowie
teilweise 615 und 883.

Die ungefähren Grenzen des Plangebietes sind in dem diesem Be-
schlussvorschlag zugrunde liegenden Plan im Maßstab 1:2.000 darge-
stellt (Anlage 1).

- einstimmig -

- 13 Satzung für eine Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 221/II "Opladen – Kreisverkehr Rennbaumstraße/Stauffenbergstraße"
- Nr.: 2016/1053

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

- 14 Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030
- Nr.: 2016/1055

Der Tagesordnungspunkt wird im Anschluss von TOP 3 beraten.

Rh. Ippolito (SPD) verlässt den Sitzungssaal und übergibt die Sitzungsleitung für diesen Tagesordnungspunkt an Rh. Schönberger (CDU).

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 16 (6 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP,
1 DIE LINKE, 1 Soziale Gerechtigkeit)
dagegen: 1 (BÜRGERLISTE)
Enth.: 1 (PRO NRW)

- 15 Durchführung eines Architektenwettbewerbs für das geplante Dach des ZOB Wiesdorf
- Nr.: 2016/1049

Beschlussempfehlung an den Rat/an die Unterzeichner des Dringlichkeitsbeschlusses

Wie Vorlage

- einstimmig -

Bericht der Dezernentin

Frau Beigeordnete Deppe berichtet zu nachstehenden Themen:

Gutachten zu Gefahrguttransporten im Autobahntunnel im Bereich der heutigen A1-Stelze
- Beschluss des Rates vom 29.02.2016

Frau Beigeordnete Deppe stellt den aktuellen Sachstand für das oben genannte Gutachten vor. Inzwischen wurden sechs Büros für eine Angebotsabfrage ausgewählt. Den Büros wurden die vom Landesbetrieb Straßenbau NRW veröffentlichten Unterlagen übersandt. Aufgrund der Komplexität der Aufgabenstellung wurden die Büros aufgefordert, verschiedene Ausführungsvarianten (Minimal-, Maximal- sowie eine Vorschlagsvariante) anzubieten. Die Begutachtung soll unter der Fragestellung erfolgen, unter welchen Voraussetzungen und baulichen Maßnahmen Gefahrguttransporte in einer Tunnelösung möglich sind.

Eine Abschätzung der Kosten ist zurzeit noch nicht möglich; die Büros wurden aufgefordert, ihre Angebote bis zum 20.04.2016 abzugeben.

Eine entsprechende Vorlage für eine Gutachtenvergabe wird für die letzte Ratssitzung vor der Sommerpause angestrebt.

Projektentwicklungsgesellschaft (PEG) - Neue Mitte Leverkusen
- Beschluss des Rates vom 29.02.2016

Frau Beigeordnete Deppe erläutert den aktuellen Sachstand zur Umsetzung der Projektentwicklungsgesellschaft. Der Rat hat die Einrichtung einer verwaltungsinternen interdisziplinären Arbeitsgruppe unter der Leitung von Frau Beigeordnete Deppe beschlossen.

Das erste Treffen der PEG hat am 21.03.2016 unter Beteiligung des Fachbereichs Stadtplanung, dem Dezernat für Finanzen, der nbso („Erfahrungsschatz“ von Frau Rottes), dem City-Büro sowie der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Leverkusen (WfL), stattgefunden.

Das nächste Treffen der PEG ist für den 25.04.2016 geplant.

Zudem wurden Gespräche mit dem Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Frau Nakelski, sowie Herrn Dr. Molitor von der Region Köln / Bonn Gespräche geführt, die im weiteren Verfahren eingebunden werden.

Frau Beigeordnete Deppe wird über die Ergebnisse berichten.

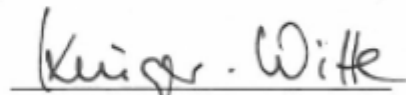
Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 2/2016)

Es werden keine Zusatzanfragen gestellt.

Rh. Ippolito (SPD) schließt die Sitzung gegen 20:00 Uhr.



Rh. Ippolito
Vorsitzender des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Bauen und Planen



Stefanie Krüger-Witte
Schriftführerin